

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.315.075

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2027/J-NR/2020

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2027/J betreffend "Auszahlung von Förderungen im Zuge der Breitbandmilliarde", welche die Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorf, Kolleginnen und Kollegen am 19. Mai 2020 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 13 der Anfrage:

- 1. Wie hoch war die veranschlagte Fördersumme für den Breitbandausbau (Ausschreibungsvolumen) pro Jahr seit 2015? Bitte um getrennte Darstellung nach Jahr, Bundesland und Förderphase. Bitte um Übermittlung der Gesamtsumme und getrennte Übermittlung der Summen pro Förderprogramm.*
- 2. Wie hoch waren die gewährten Fördermittel für den Breitbandausbau pro Jahr seit 2015? Bitte um getrennte Darstellung nach Jahr, Bundesland, Förderphase und Projekt. Bitte um Übermittlung der Gesamtsumme und getrennte Übermittlung der Summen pro Förderprogramm.*
- 3. Wie hoch war die tatsächlich ausgezahlte Fördersumme für den Breitbandausbau pro Jahr seit 2015? Bitte um getrennte Darstellung nach Jahr, Bundesland, Förderphase und Projekt. Bitte um Übermittlung der Gesamtsumme und getrennte Übermittlung der Summen pro Förderprogramm.*
- 4. Im Evaluierungsbericht 2018 bzw. Rechnungshofbericht Reihe BUND 2018/46 wurden teils große Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich der gewährten bzw. ausgezahlten Fördersummen festgestellt. Welche Gründe sind Ihnen (a) für diese Differenz zwischen den Bundesländern und (b) für die Differenz zwischen gewährten und tatsächlich ausgezahlten Fördersummen bekannt?*

- a. *Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um hier gegenzusteuern?*
 - b. *Werden bzw. wurden diese Maßnahmen hinsichtlich ihrer Treffsicherheit bzw. Effizienz evaluiert?*
5. *Erhalten Förderwerber aus den Bundesländern vorab Informationen über Ausschreibungsstarts?*
 - a. *Wenn ja, wie lang im Vorhinein, von wem und in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
6. *An welche Beratungsstellen können sich Förderwerber aus den Bundesländern wenden?*
7. *Wurde die Empfehlung des Rechnungshofs, das Leerverrohrungsprogramm bei den Gemeinden verstärkt zu bewerben, um eine bessere Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Budgets zu erreichen, umgesetzt?*
 - a. *Wenn ja, wann und inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Der Rechnungshof empfahl auch, die Möglichkeit der Einführung eines offenen Calls (keine festen Einreichzeitpunkte für die Förderanträge) zu prüfen, um die Mitverlegungspotenziale voll auszuschöpfen. Wurde diese Empfehlung umgesetzt?*
 - a. *Wenn ja, wann und inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
9. *Wurde die Empfehlung des Rechnungshofs, den die Bundesländer betreffenden Aufteilungsschlüssel für die Förderungen entsprechend den Ergebnissen der Evaluierungen des Breitbandatlas zu überarbeiten und gegebenenfalls anzupassen, umgesetzt?*
 - a. *Wenn ja, wann und inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
10. *Der Rechnungshof empfahl dem Ministerium in Bezug auf die Breitbandförderung auch, die Vervollständigung und Nutzung der Transparenzdatenbank bezüglich Daten zu den Landesförderungen jedenfalls dringend anzustreben. Wurde dies umgesetzt?*
 - a. *Wenn ja, wann und inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
11. *Wurde bzw. wird die Wohnsitz-Dichte bei der Vergabe von Förderungen berücksichtigt?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
12. *Wurden andere Maßnahmen als die vom Rechnungshof empfohlenen gesetzt, um die Koordination mit den Bundesländern zu verbessern?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

13. *Ist es geplant, das Förderschema zur Ausbezahlung der Breitbandmilliarde so anzupassen, damit das Ausschreibungsvolumen von den Bundesländern auch tatsächlich ausgeschöpft wird?*
- a. Wenn ja, inwiefern und wann?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Diese Anfrage fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Wien, am 17. Juli 2020

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

